

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtshand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 274

Donnerstag, den 21. November 1929

102. Jahrgang

Die Pariser Saar-Konferenz beginnt

Lösung der politischen Fragen erst nach Weihnachten

Man rechnet mit einer langen Konferenzdauer.

U. Paris, 21. Nov. Die Spannung, mit der man dem Beginn der Saarverhandlungen in Paris entgegen sah, hat sich in den letzten Tagen gemindert, da man heute die Auffassung vertritt, daß die Saarabordnung ihre Arbeiten gleich nach ihrem Zusammentritt auf Unterausschüsse verteilen wird, um mit der Bearbeitung der zahlreichen technischen Fragen zu beginnen. Diese Prüfung dürfte Wochen in Anspruch nehmen, woran sich eine längere Weihnachtspause schließen wird. Erst nach Weihnachten dürfte an die politischen Fragen und an den Versuch ihrer Lösung herangetreten werden.

Soweit die Diplomaten vorgearbeitet haben, ist eine Einigung darüber erzielt worden, drei Ausschüsse einzusetzen, womit jedoch nicht gesagt ist, daß nicht im Laufe der Verhandlungen weitere Kommissionen gebildet werden. Der erste Ausschuss hat die Textänderung des Versailler Vertrages zu formulieren und juristische Fragen zu erörtern, sofern nicht noch ein besonderer Justizauschuss ins Leben gerufen wird. Der zweite Ausschuss soll sich mit den Grubenproblemen befassen. Ihm obliegt sehr wahrscheinlich die Regelung der Rückgabe der Saargruben an Preußen und Bayern, weiter die Belieferung Frankreichs mit Saarkohlen. Er soll aber auch eine Regelung über den Abbau saarländischer Kohlen von der lothringischen Seite treffen. Bekanntlich haben sich die Franzosen unter der Grenze hindurch an die Kohlenfässer herangemacht. Der dritte Ausschuss schließlich ist den handelspolitischen Fragen gewidmet. Er hat ein Abkommen auszuarbeiten, das das Saargebiet

wieder in das deutsche Zollgebiet hinüberleitet und dabei die französischen wirtschaftspolitischen Interessen berücksichtigt.

Staatssekretär von Simson, der Führer der deutschen Delegation, hat es für notwendig gehalten, engsten Kontakt namentlich mit den interessierten Gruppen des Saargebietes herzustellen. Es ist vereinbart worden, daß die Ausschüsse des Saargebietes der deutschen Delegation Hilfsleistung leisten sollen. Es handelt sich hier um den ständigen Beirat, der sich aus Vertretern des Handels, der Industrie, der Arbeitnehmers und der politischen Parteien zusammensetzt. Daneben wird ein besonderer technischer Ausschuss existieren, dem Techniker und namentlich Bergwerksfachverständige angehören. Weiter steht der Grenzlandauschuss zur Verfügung, den die Saarparteien gesondert gebildet haben.

Es liegt Arbeitsstoff in sehr großem Umfang vor. Sobald das Ergebnis skizziert ist, wird noch der Völkerbund einzufallen sein, der nach dem Versailler Vertrag die Aufsicht im Saargebiet führt und auch die vorgesehene Abstimmung zu überwachen hat. Man darf wohl annehmen, daß in Genf die Bittokratie möglichst vollständig ausgeschaltet wird, damit hier nicht neue unnötige Verzögerungen entstehen und die Rückgliederung des Saargebietes womöglich bis ins nächste Jahr hinein verschoben wird. Da im Januar der Völkerbund doch zusammentritt, sollte man schon bei dieser Gelegenheit eine Entscheidung herbeiführen, vorausgesetzt allerdings, daß bis dahin schon in Paris eine Einigung erzielt wurde. Andernfalls wird die Entscheidung erst im September fallen.

Die deutsche Abordnung für die Saarverhandlungen ist gestern nachmittag in Paris eingetroffen. Die erste Sitzung wird heute um 11 Uhr im Speiseaal des Außenministeriums am Quai d'Orsay stattfinden.

Weitere Aufrüstung in Frankreich

Kriegsminister Maginot

fordert Verstärkung des Kriegsmaterials

U. Paris, 21. Nov. Kriegsminister Maginot hat gestern in der Gegend von Straßburg die am Montag im Gebiet Metz, Diedenhofen begonnene Besichtigung der neuen französischen Grenzbefestigung fortgesetzt. Am Nachmittag ist er nach Paris zurückgekehrt. Zu einem Vertreter des „Matin“ sagte er: „Wir müssen noch schwere Anstrengungen machen. Aber was ich gesehen habe, ist nicht entmutigend, im Gegenteil, es ist besser als ich dachte und sehr gut angelegt.“

Ferner kündigte er nach seiner Rückkehr die Einbringung eines Gesetzentwurfes an, dessen Einwirkung auf die Genfer Landabrüstungsverhandlungen außerordentlich sein werde. Es liegt in der Absicht der französischen Regierung, eine methodische Steigerung des Kriegsmaterials durchzuführen. Der Gesetzentwurf verlangt, daß die Volksvertretung besonders für Geschüßfabrikation im Kriegsministerium ein Konto eröffnet, wie das vor dem Krieg der Fall war. Für die Annahme dieses Projektes werden sich die jetzigen Mehrheitsgruppen bereit finden, doch ist es klar, daß die Linke den Gesetzentwurf entschieden bekämpfen wird. Die linksbürgerliche Gruppe und die Sozialisten haben bekanntlich während der letzten Kabinettsitzung zur Abrüstungsfrage Stellung genommen und insbesondere die Verstärkung der Heeresausgaben als Gefahr für die Sicherung des europäischen Friedens bezeichnet.

Der Mißerfolg der Ostreparationsregelung

Bulgariens und Ungarns Abwehrhaltung.

U. Paris, 21. Nov. Zu dem plötzlichen Abbruch der Verhandlungen des Youngausschusses für Ostreparationen schreibt Pertinax im „Echo de Paris“: Der Ausschuss hat ein Protokoll über die Nichteinigung aufgesetzt, um im Gegensatz zu den Zeitungsnachrichten festzustellen, daß die Vertreter aus Sofia den ihnen gemachten Vorschlägen nur eine Weigerung entgegengekehrt haben, und daß niemand aus einer Fortsetzung des Theaters irgend etwas gewinnen würde. Der Ausschuss ist also nur zu einigen Ergebnissen in den österreichischen Reparationen gekommen, da es sich hier nur um die Vorbereitung der einfachen Abschaffung der Reparationen handelte. Die Verantwortung für diese Ergebnisse tragen die Großmächte durch ihre sehr offenkundige Uneinigkeit. Die bulgarische Hauptstadt hatte von Protestkundgebungen und Schmährufen wider und alles weil die Gläubiger Bulgariens, die durch den Vertrag von Neuilly 2,5 Milliarden Goldfranken verlangen könnten, den Vorschlag gemacht hätten, 87 Jahresraten zu 15 Millionen Franken zu zahlen, wobei sie selbst noch ihre Bereitschaft zu einem weiteren Nachlaß von 2,5 Millionen zu versprechen gaben.

Pertinax fährt fort: Die Bulgaren und Ungarn beab-

sichtigen, dem Druck, dem sie in London und Paris ausgesetzt waren, Widerstand zu leisten, um so den Beginn der zweiten Haager Konferenz zu erwarten. Frankreich könne dem Mißerfolg des Ausschusses für Ostreparationen nicht gleichgültig gegenüberstehen. Die Rheinlandräumung (!) hätte nicht verprochen werden dürfen, solange nicht eine zufriedenstellende Regelung aller Reparationsfragen erfolgt sei.

Vorbereitungen

zur Seeabrüstungskonferenz

französisch-italienische Verhandlungen.

U. London, 21. Nov. Der Empfang des italienischen Botschafters durch Briand wird, wie Pertinax dem „Daily Telegraph“ berichtet, mit der bevorstehenden Londoner Flottenkonferenz in Verbindung gebracht. Der Botschafter habe Briand davon in Kenntnis gesetzt, daß die italienische Regierung bereit sei, in Übereinstimmung mit dem in der italienischen Note vom 16. Oktober gemachten Angebot sofort in Verhandlungen mit Frankreich einzutreten. Es sei vereinbart worden, zwischen dem Botschafter und dem Quai d'Orsay sowie einem Vertreter des Marineministeriums, die Frankreich und Italien direkt interessierenden Flottenfragen einer eingehenden Behandlung zu unterwerfen.

Das deutsche Eigentum in England

heute endgültige Stellungnahme Snowdens zur Freigabefrage.

U. London, 21. Nov. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Sir Kingsley Wood kündigte Schatzkanzler Snowden im Unterhause für heute eine umfassende Erklärung zur Frage, des beschlagnahmten deutschen Eigentums an. Die Tendenz dieser Antwort zeichnet sich bereits in der Form der letzten Erwiderung ab: „Im Hinblick auf die gegenwärtig im Gang befindliche Propaganda und das offenbar vorhandene Nichtverständnis in der Entschädigungsfrage“, so sagte Snowden, „schlage ich vor, mit Zustimmung des Unterhauses eine allgemeine Erklärung der Regierung hierzu abzugeben.“

Über den Inhalt der Erklärung, die von weiten englischen Kreisen in der letzten Zeit mit immer stärkerem Nachdruck verlangt worden war, wird Stillschweigen bewahrt, doch liegen keine Anzeichen für eine Änderung des Standpunktes Snowdens vor. Der Vertreter der Telegraphen-Union hört zuverlässig, daß man in allen interessierten Kreisen auf englischer wie auf deutscher Seite mehr mit einer umfassenden Erläuterung und Rechtfertigung des englischen Standpunktes, als mit einer Abweichung von der bisherigen Auffassung rechnet. Die Erklärung wird deswegen von besonderer Bedeutung sein, weil es sich um eine nach den wochenlangen diplomatischen Verhandlungen

Tages-Spiegel

Heute beginnt in Paris die Saarkonferenz, welche voraussichtlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen wird. Die politischen Fragen werden erst nach Weihnachten zur Verhandlung gestellt, wenn die Wirtschaftfragen gelöst sind.

Der französische Kriegsminister Maginot will einen Gesetzentwurf einbringen, in dem er Verstärkung des Kriegsmaterials fordert.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen nehmen in Warschau ihren Fortgang, trotz starker Kundgebungen der Bevölkerung gegen den neuen Vertragentwurf.

Die Wiener Polizei war in der Nacht zum Mittwoch in Alarmbereitschaft, weil wilde Gerüchte über Putschabsichten der Heimwehr umgingen. Die Heimwehrführer bemerken diese energisch.

Im Pariser Außenamt fanden französisch-italienische Besprechungen über die Londoner Seeabrüstungskonferenz statt.

In der französischen Kammer hat Tardieu einen Gesetzentwurf über den Getreidehandel eingebracht, der Schutzmaßnahmen für Getreide, Wein, Viehzucht und Zuckerrüben vorsieht.

Der chinesische Gesandte in Brüssel ist von Landstrolächern überfallen und schwer verletzt worden.

Die Sowjettruppen in der Mandschurie haben die chinesischen Streitkräfte geschlagen und sind in chinesisches Gebiet eingedrungen.

und monatelangen direkten und indirekten Vorstellungen von englischer wie von deutscher Seite wohlwollene und als endgültig anzusehende Darlegung der englischen Regierungspolitik in der Entschädigungsfrage handelt.

Wachsende Not der Auswanderer vor Moskau

U. Kowno, 21. Nov. Nach einer Meldung aus Moskau hat der deutsche Botschaftsrat v. Zwardowski mit führenden Persönlichkeiten des Außenkommissariats erneut eine längere Unterredung über die Auswanderung der deutschen Kolonisten aus der Sowjetunion gehabt. Ueber das Ergebnis dieser Unterredung ist noch nichts bekannt geworden. Die Sowjetregierung hat trotz der Erteilung der Einreisefreilassung für 1000 Kolonisten durch die deutschen Behörden die Pässe noch nicht ausgestellt. Die deutschen Kolonisten befinden sich in einer jurchbaren Lage, da inzwischen ihre Geldmittel zu Ende gingen. Infolge des Brotkarenzwanges in Moskau haben sie auch nicht die Möglichkeit, sich auf normalem Wege Lebensmittel zu verschaffen.

Der Auswandererstrom hält trotz der Zwangsmaßnahmen der Sowjetregierung an. Die deutschen Kolonisten, die in der Eisenbahn aus verschiedenen Richtungen kommen, verlassen etwa 50 bis 60 Kilometer vor Moskau die Züge und versuchen zu Fuß oder zu Pferd in die Stadt zu kommen, um so der Stadtkontrolle zu entgehen.

Sechs Millionen Reichsmark Reichshilfe.

Die Reichsregierung hat als erste Hilfe für die deutschen Kolonisten in Russland, die auszuwandern beabsichtigen, sechs Millionen zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag soll zur Finanzierung des Abtransportes und zur Unterstützung der Auswanderer dienen, die in verschiedenen inzwischen leer gewordenen deutschen Flüchtlingslagern untergebracht werden, und zwar im Lager Hammerstein bei Schneidemühl und im Münsterlager. Bei Schneidemühl können bis zu 4000 Personen untergebracht werden.

Neue polnische Grenzverletzung

U. Berlin, 21. Nov. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Neu-Ventzen überflog am Vespertag gegen 8 Uhr ein polnisches Militärflugzeug aus Richtung Ventzen kommend die deutsch-polnische Grenze bei Neu-Ventzen. Der Flieger kreiste in nur geringer Höhe über der erst vor kurzem errichteten Polizei- und Grenzschutzstelle, sowie über den Anlagen des noch teilweise im Bau befindlichen Grenzbahnhofs Neu-Ventzen. Im Anschluss hieran flog das Flugzeug an der neu erbauten Eisenbahnstrecke Neu-Ventzen entlang bis zum Grenzbahnhof Schlenk, woselbst es wendete und an der Hauptstrecke Berlin-Posen zurückflog.

Ehe und Strafrecht

Der Reichsjustizminister verteidigt die Strafvorschrift, der Strafrechtsausschuss lehnt sie ab.

Der Reichstagsausschuss für das Reichsstrafgesetzbuch setzte seine Beratungen beim 23. Abschnitt des Entwurfs fort, der die Verbrechen gegen die Ehe und Familie betrifft. Es sind in den Paragraphen 310 bis 316 Strafbestimmungen wegen Doppelsehe, Ehebruch, Ehebruch, Entziehung eines Minderjährigen aus der elterlichen Gewalt, Verletzung der Unterhaltspflicht, Verlassen eines Kindes und Personenstands Fälchung getroffen.

Zunächst beschäftigte sich der Ausschuss mit dem Paragraphen 312 (Ehebruch), der nach dem Entwurf wie folgt lautet: „Wer die Ehe bricht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Die Tat wird nur auf Verlangen des verletzten Ehegatten und nur dann verfolgt, wenn die Ehe wegen Ehebruchs geschieden worden ist. War zur Zeit der Tat die eheliche Gemeinschaft der Ehegatten aufgehoben, so kann das Gericht von Strafe absehen.“

In der Aussprache nahm der Reichsjustizminister von Guérard das Wort. Er betonte, er wolle keinen Zweifel darüber lassen, daß er eine Streichung dieser Strafvorschrift nicht für erträglich halte. Fast alle Kulturstaaten hätten an der Strafbarkeit des Ehebruchs festgehalten. Sowjetrußland dürfe in dieser Beziehung ausgeschaltet werden, da es ja einen von den europäischen Staaten völlig abweichenden Aufbau des Familien- und Ehelebens eingeführt habe. In England unterlege der Ehebruch der Aburteilung durch geistliche Gerichte, und auch der neue Schweizer Entwurf halte an der Strafbarkeit des Ehebruchs fest. Allgemein glaube man auf die kriminelle Bestrafung des Ehebruchs nicht verzichten zu können. Wenn von verschiedenen Seiten die Strafbarkeit und die Zweckmäßigkeit der Strafbarkeit vom Standpunkt staatlicher strafrechtlicher Auffassung aus verneint werde, so könne er sich dieser Auffassung nicht anschließen. Die Ehe sei eine der wichtigsten Grundlagen des Staates überhaupt. Auch die Verfassung habe dem Rechnung getragen. Der Minister erklärte weiter, er könne nicht zugeben, daß das Strafrecht ein untaugliches Mittel im Kampf um die Reinerhaltung der Ehe sein soll. Wenn die Zahl der Verurteilungen wegen Ehebruchs an den tatsächlich vorkommenden Fällen gemessen auch verhältnismäßig gering sein möge, so liege das bei vielen anderen Tatbeständen des Strafrechts ganz ähnlich, und die Zahl der Verurteilungen könne für die Beurteilung der Strafbarkeit überhaupt nicht ausschlaggebend sein. Der Minister betonte das weitere, daß eine Verurteilung des Ehebruchs durch das bürgerliche Recht keineswegs genüge, da dieses ja insbesondere nicht den Dritten treffe, der in die Ehe eines anderen frivol eingreife. Besonders gegen diesen Dritten müsse der Staat einschreiten können. Grinste Beachtung verdiene der Einwand, daß der Strafantrag häufig nur aus Rachebedürfnis gestellt werde oder daß man mit der Drohung des Strafantrages günstigere Scheidungsbedingungen erpressen wolle. Indessen könnte man gleiche Bedenken gegen zahlreiche andere Strafbestimmungen erheben, auf die nach allgemeinem Urteil nicht verzichtet werden könne. Weiteste Kreise würden einen Verzicht auf den strafrechtlichen Schutz der Ehe einfach nicht verstehen. Eine solche Maßnahme des Gesetzgebers würde sicherlich nicht verstanden werden. Möge die Strafdrohung auch für viele keine Schranke sein, für viele andere schaffe sie wirksame Hemmungen.

Nach lebhafter Aussprache wurde Paragraph 312 mit 14 Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die gleiche Stimmenzahl der übrigen Parteien, also mit Stimmengleichheit abgelehnt. Schließlich fand Paragraph 310 des neuen Entwurfs mit 15 Stimmen Annahme. Er lautet: Wer eine Ehe schließt, obwohl er verheiratet ist, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Ebenso wird bestraft, wer mit jemandem eine Ehe schließt, obwohl dieser verheiratet ist. Die Verjährung ruht, bis eine der beiden Ehen aufgelöst oder für nichtig erklärt wird.“

Umzug der Rheinlandkommission nach Wiesbaden

Am Koblenz, 20. Nov. Die Beamten und Angestellten der Interalliierten Rheinlandskommission, an ihrer Spitze der französische Oberbelegierte Tirard, haben Koblenz verlassen, um sich nach Wiesbaden zu begeben, wo sie heute ihre Arbeiten aufnehmen werden.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat mitgeteilt, daß das Reichskommissariat für die besetzten Gebiete am 1. Dezember nach Wiesbaden übersiedeln wird. Die Diensträume werden sich in Wiesbaden im Haus Langenbeckplatz 3 befinden.

In den letzten Tagen hat die Koblenzer Räumung weitere Fortschritte gemacht. Französische Soldaten sind im Straßenbild kaum noch bemerkbar. Das frühere Bekleidungsamt des 8. Armeekorps ist der deutschen Verwaltung wieder übergeben worden.

Gegen die Internationalisierung der Saargruben

Angeichts des für den 21. November vorgeschlagenen Beginns der Pariser Saarverhandlungen betont die „Saarbrücker Zeitung“, daß alle Berliner Amtsstellen, die mit der deutschen Saarabordnung etwas zu tun haben, genau so fest wie die Saarbevölkerung von der unbedingten Notwendigkeit der Rückkehr der Saargruben in den deutschen Staat überzeugt sind. Trotzdem sei eine erneute eindeutige Erklärung aller Kreise der Saarbevölkerung, daß sie unter keinen Umständen von dieser Forderung heruntergehen würde, dringend erforderlich, um in Paris endgültig ein Gemisch von Tatsachen und Gerüchten zu beseitigen, als ob im Saargebiet für eine Privatisierung und Internationalisierung Stimmung vorhanden sei, oder gemacht werden könne.

Der Kampf gegen den Polenvertrag

Deutschnationale Interpellation im Reichstag

Am Berlin, 20. Nov. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende von den Abgeordneten Graf Eulenburg, v. Vindeiner, Frhr. v. Freytag-Loringhoven und Hochsch unterzeichnete Interpellation eingebracht:

„Nach amtlicher Nachricht hat die Reichsregierung am 31. Oktober d. J. ein Abkommen mit Polen geschlossen, dessen Inhalt zwar öffentlich bekannt, in Deutschland aber noch nicht amtlich mitgeteilt ist. Dabei sind unter Berufung auf Artikel 9 Absatz 3 des Pariser Planes Forderungen des Reiches, der Länder und zahlreicher deutscher Privatpersonen und durch internationale Rechtsprechung vielfach anerkannte deutsche Rechte preisgegeben, andererseits aber die fortgesetzten polnischen Rechtsbrüche nachträglich legitimiert worden. Der Verzicht auf das Wiederkaufsrecht ist ein Verzicht auf ein Recht, das Polen nicht zuzustand und zudem in seiner Wirkung für die Sicherung des Deutschtums in keiner Weise ausreichend, zumal sowohl bezüglich der Anwendung der sogenannten Grenzzoneverordnung und anderer gesetzlicher Vorwände, wie in der Optantenfrage, ein klarer Rechtszustand nicht geschaffen ist. Ebenso ist in der Staatsangehörigkeitsfrage ohne Grund und ohne Sicherung für Deutschland der Rechtsboden der Wiener Konvention von 1921 und der Verhandlungen des Völkerbundesrates in Madrid verlassen worden.“

Den deutschen Verzichtern stehen nicht ausreichende polnische Garantien und ein ungeheurer moralischer und politischer, materieller und rechtlicher Gewinn Polens gegenüber.

Diese Preisgabe deutscher Ansprüche ist um so unverständlicher, als sie noch durch die Zugeständnisse eines sogenannten kleinen Handelsvertrages mit Polen verstärkt wird. Die Einräumung der Meißbegünstigung an Polen unter Fortfall der Kampfschle ohne Wiederherstellung der Autonomie in Deutschland und einer entsprechenden Ausgestaltung des deutschen Zolltarifs muß angesichts der hohen polnischen Zollsätze die deutsche Industrie schwer schädigen und das Kohlenkontingent, das Polen angeboten sein soll, würde die bestehenden Absatzschwierigkeiten des deutschen Kohlenbergbaus nicht nur in Ober- und Nie-

derschlesien, sondern in ganz Deutschland und damit die Arbeitslosigkeit erheblich verschärfen. Für die Landwirtschaft aber und somit für das gesamte Deutschtum der Ostmark würde die geplante Regelung, zumal wenn noch ein Schweinekontingent hinzutritt, während Polen seine Dumpingmaßnahmen aufrecht erhält, geradezu den vollen Zusammenbruch bedeuten.

Ist die Regierung bereit: a) im deutschen Reichstage alsbald Auskunft über den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen zu geben, insbesondere den Wortlaut des paraphierten Abkommens und authentische Zahlen über das Ausmaß der beiderseitigen Zugeständnisse mitzuteilen? b) Bei den Verhandlungen mit Polen die lebenswichtigen Interessen der gesamten deutschen Wirtschaft, insbesondere der Ostmark und der Landwirtschaft, sowie die berechtigten Forderungen der Deutschen diesseits und jenseits der heutigen Grenze zu wahren? c) Alles zu vermeiden, was als eine freiwillige Anerkennung der heutigen unhaltbaren Grenzverhältnisse im Osten angesehen werden könnte?“

Warschauer Massenkundgebungen gegen das deutsch-polnische Abkommen.

Am Warschau, 20. Nov. Im Rathhausaal und in der Warschauer Technischen Hochschule fanden große Massenkundgebungen gegen das deutsch-polnische Abkommen statt. Beide Veranstaltungen gingen vom nationalen Lager bzw. vom polnischen Westmarkenverband und den nationaldemokratischen Studentenverbänden aus. Daß die Stimmung äußerst erbittert war, geht schon daraus hervor, daß die akademische Jugend versuchte, in großen Gruppen bis zur Philharmonie vorzudringen, wo Ministerpräsident Swiatkowski eine Rede hielt. Es wurden gegen Deutschland und das Abkommen gerichtete Rufe, wie etwa „Fort mit den Deutschen!“ laut. Ein starkes Polzeilaugebot zu Fuß und zu Pferde zerstreute die Massen auf dem Theaterplatz. Die Straße, in der das deutsche Gesandtschaftsgebäude liegt, war von beiden Seiten durch Polizeiketten abgeriegelt, da man vermutlich mit deutschfeindlichen Kundgebungen rechnete. Zu Zusammenstößen mit der Polizei ist es hier jedoch nicht gekommen.

Der deutsche Außenhandel im Oktober

Leichte Verminderung des Ausfuhrüberschusses.

Am Berlin, 20. Nov. Im Monat Oktober sind die Einfuhr und Ausfuhr Deutschlands gestiegen. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr um 63,8 Millionen auf 1106,7 Millionen, die Ausfuhr im reinen Warenverkehr einschl. der Reparationsfachlieferungen um 49,5 Millionen auf 1253,9 Millionen Mark. Darnach ergibt sich eine Aktivität der Handelsbilanz einschl. der Reparationsfachlieferungen von 147 Millionen Mark (September 166 Millionen Mark). Ohne die Reparationslieferungen, die im Oktober einen Wert von 89 Millionen Mark gegenüber 68 Millionen Mark im September hatten, beträgt der tatsächliche Ausfuhrüberschuß im Oktober 58 (im Vormonat 99) Millionen Mark. Auf der Seite der Einfuhr weisen alle Warengruppen gegenüber dem Vormonat eine Zunahme auf. Die bedeutendste Steigerung trat bei Textilrohstoffen (außer Wolle), insbesondere Baumwolle, ferner bei Wollgarnen und anderen Textilfertigwaren ein. Auch die Kraftfahrzeugeneinfuhr stieg. Bei Lebensmitteln steht einer stärkeren Abnahme der Einfuhr von Getreide eine vermehrte Einfuhr von Süßfrüchten, Schmalz und Fischen gegenüber. Die Steigerung der Ausfuhr ist in erster Linie eine Folge des höheren Auslandsabzuges von Fertigwaren, vornehmlich von elektrotechnischen Erzeugnissen, Eisenwaren, Maschinen, Leder, Nöhren usw. Auch die Lebensmittelausfuhr ist gewachsen, dagegen die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren zurückgegangen. Hieran war namentlich die Steinkohlenausfuhr beteiligt.

Kleine politische Nachrichten

Das Zolländerungsgesetz vor dem Reichskabinett.

In der Kabinettsitzung am Dienstag erfolgte unter Vorsitz des Reichskanzlers eine eingehende Durchberatung des Entwurfs eines Gesetzes über Zolländerung (Zolltarifnovelle). Der Entwurf wird nach Klärung einiger noch offenstehender Fragen dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat zugeleitet werden.

2 Millionen Mark für die notleidenden bayrischen Hopfenbauern. In einer der letzten Sitzungen im bayrischen Landwirtschaftsministerium wurde beschlossen, den notleidenden Hopfenbauern aus dem Agrarfonds eine Summe von 2 Millionen Mark zur Erhaltung der Existenzen sofort zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung wird durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften erfolgen.

Was Polen an dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen anzuhängen hat. In einem Leitartikel setzt das oppositionelle Warschauer Blatt ABC seine Angriffe gegen den polnischen Außenminister wegen der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens fort. Das Blatt fordert dabei ohne Umschweife die restlose Verdrängung der deutschen Minderheit aus den früheren preussischen Gebieten. So heißt es u. a., daß man das Recht der Entdeutschung Polens, Pommerns und Ostoberschlesiens für feinerer finanzieller Vorteile preisgeben dürfe. Der Boden müsse dem Polentum zurückgewonnen werden und man dürfe die Vorposten des deutschen „Dranges nach dem Osten“ nicht in den polnischen Westmarken dulden.

Bucharin aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Nach Meldungen aus Moskau teilt die amtliche Telegraphen-Agentur der Sowjetunion mit, daß das Zentralkomitee der kommunistischen Partei beschlossen habe, die Rechtsopposition aufzulösen und ihre Führer, darunter Bucharin, Rykow und Tomski aus der Partei auszuschließen. Bucharin hat mitgeteilt, daß er diesen Beschluß nicht anerkennen könne.

Der „Vater des englischen Parlaments“ gestorben. Der Abg. O'Connor, seit langem als „Vater des Parlaments“ und eine über den Parteien stehende Persönlichkeit bekannt und geehrt, ist im Alter von 81 Jahren gestorben. Er gehörte dem Parlament seit 1886 an und befand sich unter der bei den letzten Wahlen bis auf wenige Abgeordnete zusammengeschrumpften Gruppe, die bei den Wahlen traditionell ohne Opposition blieb. Seit 1917 war er Vorsitzender der britischen Filmzensurstelle.

Präsident Hoover empfiehlt Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaftslage. Im Rahmen vorgesehener Besprechungen zwischen dem Präsidenten Hoover und Industrieführern empfing Hoover die Präsidenten der amerikanischen Hauptbahnen und machte sie darauf aufmerksam, daß die Regierung den Versuch unternommen habe, durch verschiedene Maßnahmen, die Herabsetzung der Einkommensteuer und Erhöhung der Bauprogramme zur Besserung der Wirtschaftslage beizutragen. Die Eisenbahnen, die Hauptabnehmer von Stahl, Zement und Kohle, könnten ähnlich helfen.

Die Wahlen in Preußen

Am Sonntag wurden in Preußen die Gemeindevertretungen sowie die Kreis- und Provinziallandtage neu gewählt. Die letzten innerpolitischen Ereignisse hatten das allgemeine Interesse in hohem Grade geweckt, weshalb denn auch durch-



weg ein für Kommunalwahlen äußerst hoher Prozentfuß der Wahlberechtigten erreicht wurde. Jede der Parteien bot das letzte Mittel auf, um ihre Anhänger an die Wahlurne zu führen. In Berlin wurden sogar, wie in unserem Bild zu sehen ist, die Schwerkranken durch besondere Sanitätsmannschaften zum Wahllokal transportiert.

Sauerkraut
mit einigen Tropfen **MAGGI** Würze:
delikat!

Aus Stadt und Land

Calw, den 21. November 1929.
Persönliches.

Die mittlere Verwaltungsdienstprüfung haben Erwin Funk, Otto Klenze und Carl Widmann von Calw sowie Albert Saller von Neulach mit Erfolg abgelegt. Sie wurden zu Verwaltungspraktikanten bestellt.
Einweihung des Gasthofneubaus zur „Krone“ in Breitenberg.

Am letzten Sonntag fand in Breitenberg die Einweihung des neu aufgebauten Gasthofs zur „Krone“ statt. Der Bau welcher Wirtschaft, Saal, Nebenzimmer und Fremdenzimmer sowie eine Wohnung enthält, wurde nach den Plänen von Architekt Zeeb von Albulach und von Handwerkern von Breitenberg und Umgebung meistergerecht ausgeführt. Dem unternehmungsfreudigen Bauherren Hennemann kann man zu dem neuen Anwesen nur Glück und besten Erfolg für sein künftiges Wirken wünschen. Am Weibstage füllte sich schon mittags die Wirtschaft mit Gästen, die sich in den mit Tannengrün geschmückten Räumen neuen Wein und Mehlzuppe gut schmecken ließen. Für Unterhaltung war aufs Beste gesorgt, eine Musikkapelle ließ ihre Klänge erschallen, auch verschönte der Liederfranz Breitenberg dankenswerterweise durch Liedervorträge die Einweihungsfeier. Der Höhepunkt der Feier wurde erreicht, als der Liederfranz das Deutschlandlied unter Leitung seines tüchtigen Dirigenten Hauptlehrer Bänzner vortrug. Als das Lied verklungen, setzte ein nicht endenwollender Beifall ein. Jeder Deutschdenkende unter den Gästen dachte wohl bei diesem Liede, Deutschland muß einmal wieder emporkommen. Nachdem folgte der Vortrag eines von El. Hermann selbst verfassten und gesprochenen Weibgedichtes, welches brausenden Beifall fand. Der Rest des Abends verlief in heiterer Stimmung.

Vogelstich.

Mit der Winterfütterung soll unbedingt im November begonnen werden, so daß wenn Schneefall, Raufreif und Glatteis den Boden plötzlich verdecken und alle Ritzen und Fugen der Baumrinde, die Hauptvorratskammer unserer verbleibenden Vögel, verstopft werden, diese schon an die Futterstellen gewöhnt sind. Die erste Fütterung einer richtigen und praktischen Winterfütterung ist die absolute Zuverlässigkeit und Wetterfestigkeit. Das Futter darf nicht einfach auf den Boden oder auf das Fensterbrett gestreut werden, da dieses sonst verweht, vom Regen durchnäßt oder bei Schneegestöber zugebedt wird. Es darf aber auch nicht ein Gerät benutzt werden, das allen Witterungsverhältnissen ausgesetzt ist. Dann lieber nicht füttern als falsch. Durch den Gebrauch zweckmäßig gebauter Geräte tritt auch regelmäßig eine erhebliche Ersparung an Futter ein, da nicht mehr so viel verschleudert, von Schmarobern gestohlen und von Witterungseinflüssen verdorben wird. Die geringe Ausgabe für einen solchen Futterkasten macht sich in der aller kürzesten Zeit vielfach bezahlt, wie mehrere Beobachtungen schon bewiesen haben.

Vortrag für Hausfrauen.

Ein Vortrag über Glanzplättchen und Wäschebehandlung findet am morgigen Freitag abend in Calw im Weiblichen Saale statt. Alle vorkommenden Arbeiten, wie neuzeitliches Waschen, Einhärfen, Anplätten, Glätten und Formen werden erläutert und praktisch gezeigt. Der Besuch dieses Lehrreiches Vortrages ist für jede Hausfrau und Tochter außerordentlich wertvoll. Der Eintritt ist frei. Alles Nähere ist aus dem heutigen Inserat ersichtlich.

Beginn der berufsbildenden Arbeitslosigkeit am 9. Dezember.

Amlich wird aus Berlin mitgeteilt: Der Beginn der berufsbildenden Arbeitslosigkeit für die Berufe und Gewerbe, für die der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine berufsbildende Arbeitslosigkeit einheitlich für das ganze Arbeitsgebiet anerkannt hat, ist auf den 9. Dezember 1929 festgesetzt worden.

Wetter für Freitag und Samstag.

Im Osten liegt Hochdruck, doch rückt von Nordwesten eine Depression auf den Kontinent vor, so daß für Freitag und Samstag wieder unbeständiges Wetter zu erwarten ist.

*

Gaiterbach, 20. Nov. Vor kurzem hielten die Vorstände sämtlicher hiesigen Vereine unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Bernhardt eine gemeinsame Sitzung, um in der Frage der Zulassung Jugendlicher zu den bevorstehenden Weihnachtsfeiern eine einheitliche Regelung zu treffen. Es wurde beschlossen, zu den Veranstaltungen Jugendliche unter 17 Jahren nur noch in Begleitung Erwachsener zuzulassen.

Altensteig, 20. Nov. Seinen 80. Geburtstag feierte hier der in weiten Kreisen bekannte frühere Lindemwirt Luz. Als früherer Herbergsvater des Liederfranzes, der sein Lokal viele Jahre in der „Linde“ hatte, brachte ihm dieser ein Ständchen.

StB Freudenstadt, 20. Nov. In der letzten Gemeinderatsitzung erbatete Kurdirektor Lauser den Bilanzbericht der Kurverwaltung 1928/29. Darnach beanspruchten der

Neubau des Kurparks, die Anschaffung der erforderlichen Immobilien usw. den Betrag von rund 190 000 Mk. Da vom Staat nur 90 000 Mk. zu erhalten waren, so ist noch die Aufnahme von 100 000 Mk. erforderlich, so daß nach Aufnahme dieses Betrages der Schuldenstand insgesamt 475 000 Mk. beträgt. Um ihren Verpflichtungen jeweils rechtzeitig nachkommen zu können, hat die Kurverwaltung bei der Gewerbank einen Blankokredit erhalten. Dieser Kredit soll nach dem Antrag der Kurverwaltung auf den Betrag von 100 000 Mk. festgesetzt werden, wodurch zugleich der ganze Kredit durch den Gemeinderat legalisiert wird. Die endgültige Aufnahme dieses Betrages von 100 000 Mk. soll sobald wie möglich bei der Girozentrale erfolgen, sie ist für den Januar oder Februar in Aussicht gestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung vom Jahr 1928 weist eine Unterbilanz in Höhe von 8906,48 Mk. auf. Die Bilanz für 1929 weist einen Bruttogewinn von 1072,51 Mk. aus. Für das nächste Jahr ist ein Bruttogewinn von 35 000 Mk. errechnet. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, die Bürgerschaft für die Aufnahme einer Schuld von 100 000 Mk. zu übernehmen.

Wiltbad, 20. Nov. Am Sonntag nachmittag hielt der Krieger- und Militärverein eine außerordentliche Generalversammlung ab. Die Versammlung befaßte sich vor allen Dingen mit den Vorbereitungen für den Bundeskriegertag 1930 in Wiltbad. Der Bundestag, der bestimmt am 24. Mai stattfindet, bringt eine Fülle von Arbeit. 10—12 000 Personen werden erwartet. Vor allem sind es die verkehrstechnischen Schwierigkeiten, die zu meistern sind. Der Festzug wird an vier Straßen aufgestellt nehmen: Bäckersstraße, Paulinenstraße, Laienbergstraße und Bahnhof. Der Vorbeimarsch der Vereine wird von der Terrasse hinter der Trinkhalle gegenüber dem Rathaus abgenommen oder, wenn der Festzug durch die Anlagen zum Festplatz geführt werden sollte, von der Quellenhof-Terrasse.

Herrenberg, 20. Nov. Im Gemeinderat wurde über den Waldnutzungsplan für das Jahr 1930 beraten. Forstmeister Volz trug dazu das folgende vor: Im Jahre 1928 wurden insgesamt 3782 Fm. Holz geschlagen, im Jahre 1929 dagegen nur 3520 Fm., also rund 260 Fm. weniger. Der Durchschnittserlös betrug im Jahre 1928 für 1 Fm. 38,20 Mk., 1929 aber 35,40 Mk. Für dieses Jahr (1930) ist eine Nutzung von insgesamt 3500 Fm., und zwar 520 Fm. Eichen, 1770 Fm. sonstiges Laubholz und 1270 Fm. Nadelholz vorgesehen. Im letzten Jahr wurden insgesamt 1524 Fm. Stammholz, 421 Fm. Nadelholz-Stangen und 1568 Fm. Drehholz — in der Hauptsache Brennholz, und zwar 2470 Nm. — geschlagen. Stadtschultheiß Schild sprach ein, daß im letzten Jahr ein fühlbarer Mindererlös sich geltend gemacht habe, er befaßte sich auf rund 25 000 Mk. Forstmeister Volz erläuterte über diesen Punkt, daß diese Differenz nicht bloß vom Sinken der Preise herrühre, sondern auch davon, daß 260 Fm. weniger geschlagen worden seien. Der Erlös vom letzten Jahr (1929) setzt sich folgendermaßen zusammen: für Laubstammholz 27 000 Mk., für Nadelstammholz 24 300 Mk., für Stangen 10 900 Mk., für Brennholz und Reisig 61 000 Mk. Demnach wurde für Brennholz so viel Erlös als aus allen anderen Holzarten zusammen. Der Nutzungsplan für das Jahr 1930 wurde ohne Erörterung gutgeheißen.

StB. Rottenburg, 20. Nov. Der Verwaltungsausschuß Arbeitsamts Neulingen hielt im Rathaus zu Rottenburg unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Brendle eine Sitzung ab. Dabei wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen: Der Aufforderung des Wirtschaftsministeriums, Notstandsarbeiten vorzunehmen, könnten die Gemeinden und Amtskörperschaften insoweit nicht die erforderliche Folge geben, als es nicht möglich ist, in stärkerem Maße als bisher durch Darlehen und sonstige Förderung diese Arbeiten zu unterstützen.

StB. Tübingen, 20. Nov. Heute nacht ist der Dachstuhl des Hintergebäudes der ehemaligen Scheuer des Welterschen Anwesens völlig ausgebrannt. Mit vieler Mühe gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und ein Übergreifen auf die angrenzenden Gebäude zu verhindern. Das im Stalle befindliche Vieh, die Autos in den Garagen, sowie das Mobiliar aus den Wohnungen, die übrigens keinen allzu großen Schaden erlitten, konnten in Sicherheit gebracht werden. Vor allem war es der herrschenden Windstille zu verdanken, daß weiteres Unheil verhindert werden konnte. Stall, Futterraum, sowie der gesamte Dachstuhl des Gebäudes sind völlig ausgebrannt. Die Feuerwehr war die ganze Nacht in Tätigkeit.

mp. Kirchheim u. T., 20. Nov. Infolge einem in der letzten Gemeinderatsitzung gefaßten Beschluß hat Kirchheim einen Tafelhofmarkt erhalten. Diese Neuerung wird hier sehr begrüßt. Während des Winters über soll der Markt jeden Montag im östlichen Teil des Kornhauses im geschlossenen Raum abgehalten werden.

StB. Stuttgart, 20. Nov. Das württ. Wirtschaftsministerium hat an den von seinem Weltflug heimkehrenden Freiherrn von König-Wartburg folgendes Glückwunschtelegramm nach Bremerhaven gerichtet: „Dem tüchtigen schwäbischen Sportflieger, der Gefahren und widrigem Geschick trotzend den Weltflug auf seinem braven Klemm-Weißflugzeug glücklich vollendet hat, herzlichsten Glückwunsch und freudiges Willkommen in der Heimat. Das württembergische Wirtschaftsministerium.“

StB Stuttgart, 20. Nov. Die zuständige Abteilung des Gemeinderats hat beschlossen, davon abzusehen, die Teilnehmer an der Reichstagsung des deutschen republikanischen Reichsbundes, die am 30. November und 1. Dezember hier stattfinden, auf Kosten der Stadt in der Villa Berg zu empfangen. Uebrigens hat die hiesige Ortsgruppe des republikanischen Reichsbundes an das Hotel Marquardt das Verlangen gestellt, daß das Hotel während der Anwesenheit des Reichsministers Severing die schwarz-rot-goldene Fahne hülle. Das Hotel hat, wie man aus einer Münchener Zeitung erfährt, diese Bedingung abgelehnt und die übrigen Hotels haben sich seinem Standpunkt angeschlossen.

StB. Reichenbach, D.-A. Geislingen, 20. Nov. Nach kurzer Krankheit verschied heute nacht Landjäger a. D. Josef Köhle im Alter von 101 1/2 Jahren.

Freiburg i. Br., 20. Nov. Großes Aufsehen erregte hier die Zahlungs Einstellung des Bankhauses Otto Bärle und Co. Der Kundenkreis dieser Privatbank setzt sich hauptsächlich aus Geschäftsleuten und Handwerkern aus Freiburg und Umgebung zusammen. Auch mit dem Deutschen Caritasverband stand die Bank in enger Geschäftsverbindung. Die Inhaber Otto Bärle und Karl Herling haben sich selbst der Unterschlagung von Wertpapieren beschuldigt.

mp. Heilbronn, 20. Nov. Aus dem nunmehr vorliegenden amtlichen Zahlenmaterial ist zu entnehmen, daß bei dem Landesturnfest in Heilbronn rund 18 000 Festteilnehmer waren. Etwas über 7000 Turner traten am Haupttag zu den Massenübungen an, nahezu 2000 Turnerinnen gestalteten die Vorführungen der Frauen zu einer wirksamen Werbung für das Frauenturnen. Gegen 4000 Turner und Turnerinnen bestritten die verschiedenen Wettkämpfe. Interessant ist, daß beim Geräteturnen durchweg eine Leistungsverbesserung zu verzeichnen, während beim Volksturnen im Durchschnitt ein Stillstand zu beobachten war. Ein Zeichen, daß man vor einem neuen Aufschwung des Geräteturnens steht. Die Statistiken der Turnvereine bestätigen ebenfalls diese Annahme.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefmarken.

100 holl. Gulden	186,38
100 franz. Franken	16,48
100 schweiz. Franken	81,19

Börsenbericht.

StB Stuttgart, 20. Nov. Bei geringem Geschäft konnten sich heute die Kurse an der Börse behaupten.

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden.

In Deutschland sind 94,8 v. H. der Wasserwerke und 75 v. H. der Gaswerke kommunale Betriebe. Von den Elektrizitätswerken befinden sich rund 22 v. H. in den Händen der Gemeinden, 30 v. H. sind gemischtwirtschaftlich, 25 v. H. staatlich, 23 privat. Von 149 Straßenbahnbetrieben sind 110 kommunal (davon 26 Regiebetriebe, 84 hundertprozentig öffentlich, aber in privatrechtlicher Form, 24 gemischtwirtschaftlich mit mehr als 50prozentiger Beteiligung der Gemeinde), 35 Betriebe sind privat und 4 halb kommunal, halb privat. An der Deutschen Luftbania sind die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 11 v. H. des Gesamtkapitals beteiligt. Von rund 1500 Sparkassen in Preußen sind 750 städtisch, 250 Eigentum von Landgemeinden und 450 Kreis- und Amtskassen, 8 provinzial oder ständisch, 30 sonstige öffentlich. Von etwa 1000 Schlachthöfen liegen nur etwa 50 in der Hand von Innungen und Privaten, die anderen sind kommunal. Im Jahr 1925 gab es in Deutschland in 25 Städten 47 Markthallen, die sich inzwischen vermehrt haben dürften. Ende 1923 bestanden in 8 größeren Städten städtische Milchhöfe und in 24 größeren Städten gemischtwirtschaftliche Volkswirtschaften. In öffentlichen Krankenhäusern waren 1919 178 000 Betten, dagegen 1926 304 000 vorhanden, während die Zahl der Betten in privaten Krankenhäusern 1919 110 000 dagegen 1926 nur noch 41 000 betrug.

Die Preise.

Ellwangen: 1 Paar Ochsen 1152—1410, ein Ochse 540 bis 752, 1 Stier 360—440, fetter Rinder 250—503, ein paar Rinder 920, 1 Farnen 400—600 M., Käse in Milch und mit Kalb bis 600 M., trüchtige Kalbinnen 500 M. — Waldsee: Ochsen 450—600, Kühe 300—400, Kalbchen 450—600, Jungvieh 200 bis 250 M.

Büchertisch

Für den Weihnachtstisch des Kindes. Gute Märchenbücher sind selten geworden. Abgesehen von den klassischen Sammlungen sind wenig wirklich für Kinder geeignete Märchen bisher im Handel. Es scheint, als ob unsere phantasiereiche Zeit die Unbefangtheit und Geruchsamkeit nicht aufbringen kann, die nötig ist, um sich in die Verträumtheit des Kinder märchens zu versetzen. Vollends schwer scheint es zu sein, einen Illustrator zu finden, der den Kindern gegenüber den rechten Ton zu treffen versteht. Bei Lingner und Kraft, Dresden, ist jetzt ein entzückendes Märchenbuch „Tante Zahne“ entstanden, welches Erich M. Simon so reizvoll illustriert hat, daß die Kinder immer danach greifen werden. Es ist dem Buche zu wünschen, daß es zu Weihnachten möglichst viel Gelegenheit findet, die Kinderherzen glücklich zu machen.



45 Pfg
das Paket



SUMA SCHONT DIE FARBEN!

Suma entfernt allen Schmutz, aber nur den Schmutz. Niemals greift es zarte Farben an. Waschen Sie Farbige im milden Sumaschaum—der Schmutz wird vollkommen herausgewaschen, und die Farben werden rein und frisch. Nehmen Sie Suma am nächsten Waschtage.

SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM.

SA. 326-19

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betr. Feuerpolizei

Die Ortspolizeibehörden werden unter Bezug auf die Feuerpolizeiordnung vom 4. September 1912, Reg.-Bl. S. 592 und ff., angewiesen:

1. Den Mitgliedern der Ortsfeuerwehr und den Polizeiorganen die größte Wachsamkeit in Bezug auf Übertretungen der §§ 1-3 der vorgenannten Feuerpolizeiordnung und der §§ 2 und 3 der Ministerialverordnung in Betreff der Reibfeuerzeuge vom 15. Juni 1877 (Reg.-Bl. S. 144)/19. April 1886 (Reg.-Bl. S. 155), sowie die unnachlässliche Erstattung von Strafanzeigen zur Pflicht zu machen. Da besonders schwere Gefahren bei der vorschriftswidrigen Aufbewahrung von Zündhölzern dann vorliegen, wenn Kinder ohne Aufsicht in den Wohnungen zurückgelassen werden, ohne daß zuvor die Wegschaffung der Reibfeuerzeuge aus ihrem Bereich Sorge getragen worden ist, so sind die genannten Organe anzuhalten, auf solche Fälle ein besonderes Augenmerk zu richten.

Ueber die geschehene Unterweisung ist im Schultheißenamtsprotokoll Eintrag zu machen.

2. Durch öffentliche Bekanntmachung ist auf folgende Bestimmungen der Feuerpolizeiordnung hinzuweisen:

- Die Zündhölzer sind so aufzubewahren, daß sie Kindern nicht zugänglich sind.
- Asche darf in Remisen, Scheuern, Stallungen u. Dachräumen nicht aufbewahrt werden, in andern Räumen nur in Behältern aus unbrennbaren Stoffen. Bricketasche ist stets mit Wasser abzuwischen.
- Das Eingießen von Erdöl, Weingeist, Benzin, oder sonstigen flüssigen Brennstoffen in Feuer ist verboten.
- In Scheuern, Stallungen und Remisen darf nicht geraucht und Feuerzeug und offenes Licht nicht verwendet werden, ebenso nicht beim Tanken von Benzin und sonstigen Betriebsstoffen.
- Die Elektromotoren und die elektrischen Licht- und Kraftleitungen sind stets frei von Heu, Stroh u. dgl. und auch von Staub frei zu halten.
- Bewegliche Waschkessel dürfen in Remisen und Schuppen nicht benützt werden und im Freien nur bei genügendem Abstand von Gebäuden. Entsteht durch Nichtbeachtung dieser Vorschriften ein Schadenfeuer, so wird weder für Gebäude, noch Mobiliar Schaden eine Entschädigung gewährt. Übertretungen der in Ziffer 1-6 enthaltenen polizeilichen Vorschriften werden nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches geahndet.

Calw, 19. November 1929.

Oberamt: Rippmann.

Oelgemälde

von CARL KLEINBUB sind bis einschliesslich 26. November in der

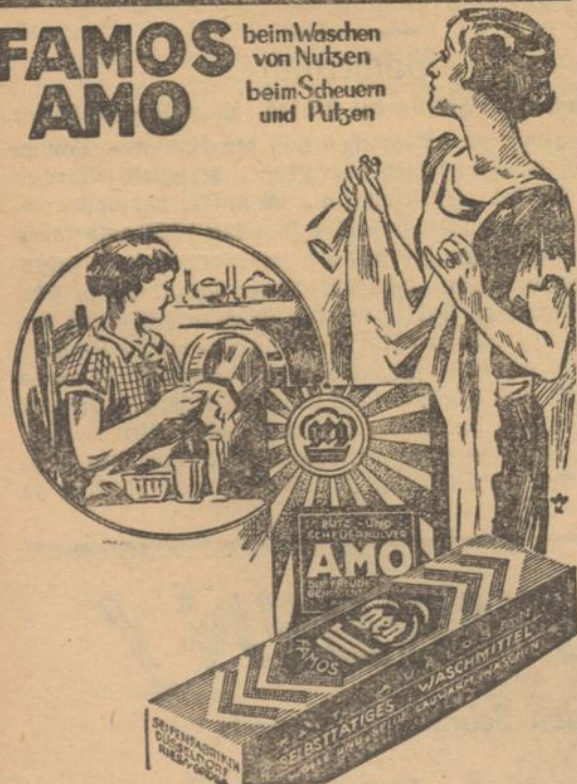
Buchhandlung Häussler ausgestellt

Echt Australisch. Opossum

beste Qualität große Felle 29.50 Mk. für Bubikragen ein Fell

W. Lutz, Putz u. Pelze, Bahnhofstraße

FAMOS AMO beim Waschen von Nutzen beim Scheuern und Putzen



nur vom

Konsumverein

Abchrift. 0288 1929

Im Namen des Volkes!

Strafsache gegen die am 21. Juni 1901 in Würzburg geb. und wohnhafte ledige Hausdchter

Christine Rittmann

megen Milchfälschung.

Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Amtsrichters in Calw vom 2. Oktober 1929 hat die kleine Strafkammer des Landgerichts in Tübingen in der Sitzung vom 1. Nov. 1929. an der teilgenommen haben:

Landgerichtsrat Esche als Vorsitzender,

Wilhelm Hammer, Bauer in Hailfingen,

Gottlieb Schief, Schuhmachermeister in Reutlingen, als Schöffen,

Hilfsstaatsanwalt Dr. Müller als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Obersekretär Bäurle als Urkundsbeamter d. Gesch. St.

für Recht erkannt:

Das Urteil wird im Strafausspruch dahin abgeändert, daß die Angeklagte zu der Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurteilt wird. Bei der Veröffentlichungsanordnung hat es sein Bewenden.

Die Kosten des Rechtsmittels fallen der Angeklagten zur Last. gez: Esche.

Die vorstehende Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt. Das Urteil ist vollstreckbar.

Tübingen, den 13. November 1929.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Landgerichts. Bäurle.

Treten Sie unerschrocken ein

der Boden ist kein Spiegelglas, auch wenn er noch so glänzt. Er ist einfach mit dem Farbbohrerwachs LOBA-Beize, der wasserrecht, gepflegt.

Nicht umsonst hat LOBA schon lange als Garantie den Stempel des Reichsverbandes deutscher Hausfrauen-Vereine. 100 000 von Hausfrauen verwendet es seit Jahren.

Nehmen Sie allein

LOBA die wasserrechte Beize

Junger Mann

gel. Rfm. 25 J. alt, sucht gest. auf Ia Zeug. bald.

Stellung

als Lagerverwalter oder dergleichen geg. geringe Vergütung. Gestl. Zuschr. unter J. 273 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Suche sofort ein älteres ehrliches

Mädchen oder Frau

womöglich vom Land für kleinen Haushalt u. Pflege einer kränklichen Frau. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Calwer Lieberkranz



Freitag

abend

8 Uhr ist

Singstunde

für

Gemischten Chor. Die verehrl. Damen werden um recht zahlreiche Beteiligung gebeten. Der Ausschuß.

Zu vermieten sommerliche

3-Zimmer-Wohnung

mit Zubehör, sowie

Laden mit Ladenstube

eotl. auch für Büroräume geeignet.

Haus Bauer,

Malergeschäft Calw.

Heizbares, möbliertes

Zimmer

von jungem Mann auf

1. Dez. zu mieten gesucht

Angeb. unter N. C. 274

an die Gesch.-St. ds. Bl.



Am Samstag und Sonntag

halte ich

Mehel-Suppe

und lade hiezu höflichst ein

Gottlob Weiß, Bierdepot

Die schönsten Kleider zu billigsten Preisen bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

Rötenbach - Zavelstein

Zu unserer am Samstag, den 23. Nov. 1929, mittags 12 Uhr in Zavelstein stattfindenden

Trauung

erlauben wir uns herzlichst einzuladen.

Paul Michael Pfommer

Sohn des + Michael Pfommer, Landwirt in Rötenbach

Christine Schwämmle

Tochter des Friedrich Schwämmle, Schmiedmeister in Zavelstein.

Oberkollbach - Unterkollbach

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 23. Nov. stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Lamm“ in Oberkollbach freundlichst einzuladen.

Jakob Kusterer

Sohn des Jakob Kusterer, Holzhauer in Oberkollbach

Marie Stoll

Tochter des Michael Stoll, Bauer in Unterkollbach

Kirchgang 12 Uhr in Altburg.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Altbulach

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 23. Nov. 1929, stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ hier freundlichst einzuladen.

Gottlob Volz, Schuhmacher

Sohn des Gottlob Volz, Bahnarbeiter

Emma Rupp

Tochter des Johann Rupp, Schreiner

Kirchgang 12 Uhr.

Martinsmoos - Naislach

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 23. Nov. 1929, im Gasthaus zum „Hirsch“ in Würzbach stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.

Johannes Hamann

Sohn des + Johann Georg Hamann, Bauer in Martinsmoos

Elisabeth Luz

Tochter des Philipp Luz, Bauer in Naislach

Kirchgang 12 Uhr in Würzbach.

Hausfrauen!

Am Freitag, den 22. November, abends 8 Uhr, findet in Calw in der Brauerei Weiß ein interessanter Vortrag über

Glanzplättchen

mit praktischen Vorführungen statt.

Eintritt frei!

Neuzeitliches Waschen, Einstärken, Glänzen, Formen und die dabei anzuwendenden Kunstgriffe werden gezeigt und erklärt. Jede Hausfrau ist in der Lage, nach Anhören dieses Vortrages die Stärkewäsche ihres eigenen Haushaltes selbst fertigzustellen. Die Mitglieder der Frauenvereine sind besonders eingeladen. Plättwäsche erwünscht. Der Vortrag ist verbunden mit einer

Gratis-Verlosung von elektrischen Bügeleisen

Referentin: Frau Else Stephan.

Als Mitglieder einer der größten deutschen Einkaufsgenossenschaften der

Lebensmittelbranche

sind wir in der Lage, nur gute Ware zum billigsten Tagespreis anzubieten. Jeder klugen Hausfrau möchten wir daher unsere sämtl. einschlägigen Artikel bestens empfehlen.

Friedrich Nonnenmacher am Markt, Calw

Hermann Stroh untere Brücke, Calw

Oskar Jüdler, Hirsau - Adolf Walker, Hirsau

Carl Hühler, Bad Liebenzell

G. Sattler, Stammheim - L. Weiß, Stammheim.